Politische Rundschau.

Deutschland.

* Kaiser Wilhelm wird sich nach der Rekrutenvereidigung, die am 2. März in Wilhelmshaven stattfindet, zu kurzem Aufenthalt nach Bremen begeben.

* Zur Reichsfinanzreform wird gemeldet: Die Erhebung des Zuschlags zu den Matrikularbeiträgen ist angeblich in der Weise gedacht, daß die Einzelstaaten die Steuer erheben, die Verteilung der Steuer aber nach reichsgesetzlichen Bestimmungen erfolgt. Man hat es also mit einer Reichsvermögenssteuer unter Wahrung der finanziellen Selbständigkeit der Einzelstaaten zu tun.

* Die Reichstags-Ersatzwahl im 18. hannoverschen Wahlkreis (Stade-Bremervörde) ist auf den 6. April festgesetzt worden.

* Das preuß. Abgeordnetenhaus hielt bei der Beratung des Landwirtschaftsetats am 24. d. zum ersten Male in dieser Sitzungsperiode eine Abendsitzung ab, die der Besprechung der jüngsten Hochwasserkatastrophe im Havel-Elbegebiet gewidmet war. In der Sitzung wurde über eine von mehreren Abgeordneten eingebrachte Anfrage über die Hilfe der Regierung verhandelt. Ein schöner Ton der Harmonie sprach aus allen Reden der Vertreter der verschiedenen Parteien, wie immer, wenn ein Unglück, das alle betroffen, parteipolitische Interessen vergessen macht und die Reihen dichter schließt. Ebenso berührten die sachlich tiefgehenden und von dem großen Eifer der Regierung zeugenden Auslassungen des Ministers v. Rotke, der eine durchgreifende Hilfe der Regierung in Aussicht stellte, ungemein sympathisch; er fand denn auch auf allen Seiten des Hauses starken Beifall.

* Der Landwirtschaftsminister hat bestimmt, daß auch Frauen als ordentliche Hörerinnen an den landwirtschaftlichen Hochschulen Preußens aufgenommen werden können, wenn sie mindestens eine der Einjährigenreife entsprechende Vorbildung aufzuweisen haben. Ferner soll auch die Zulassung von Frauen zum ordentlichen Studium an den tierärztlichen Hochschulen Berlin und Hannover in naher Aussicht stehen.

* Der Braunschweiger Landessynode ist ein Gesetzesentwurf zugegangen, nach dem bei den Gottesdiensten auch der Herzog Ernst August von Cumberland in die kirchliche Fürbitte einzuschließen ist. Der Gesetzentwurf wurde einstimmig angenommen.

* Im lippischen Landtage erklärte der Minister, der von einem Abgeordneten erhobene Einspruch gegen sämtliche Wahlen sei hinfällig. Die Wählerlisten seien genau wie seit 30 Jahren aufgestellt worden. Die Kommission hat gegen die Gültigkeit der Wahlen nichts einzuwenden.

Frankreich.

* Die von der französischen Regierung beabsichtigte Zolltarifreform hat in England allgemeine Mißstimmung hervorgerufen. Man droht sogar offen mit einem Bruche des Freundschaftsverhältnisses zwischen Frankreich und England. Infolgedessen erhoben in der Zollkommission mehrere Minister technische Einwendungen gegen die Erhöhung des Zolltarifs, und der Minister des Auswärtigen, Pichon, wies auf die Möglichkeit internationaler Verwickelungen und die voraussichtlichen Gegenmaßregeln hin. Vorläufig also wird die Tarifreform aufgeschoben werden.

Balkanstaaten.

* In der Hauptstadt Serbiens erhält sich das Gerücht, daß König Peter zugunsten seines Sohnes Georg abdanken wolle.

Amerika.

* Das Freundschaftsverhältnis zwischen Deutschland und den Ver. Staaten ist abermals im Abschluß einer wichtigen handelspolitischen Vereinbarung zum Ausdruck gekommen. Staatssekretär Bacon und der deutsche Botschafter Graf Bernstorff haben in Washington einen Patentvertrag unterzeichnet, wonach es unnötig wird, daß deutsche und amerikanische Patentinhaber in Amerika bezw. in Deutschland Fabriken errichten, um ihr Patent auszunutzen. Der Vertrag geht dem Senat zur Bestätigung zu.

Deutscher Reichstag.

Am 24. d. steht zunächst auf der Tagesordnung der Etat für den Rechnungshof.

Die Kommission beantragt hierzu eine Resolution betr. Vereinfachung der gesamten Rechnungslegung.

Referent Abg. Racken (Zentr.): Die Kommission ist einmütig der Ansicht gewesen, daß die Errichtung eines selbständigen Rechnungshofes für das Deutsche Reich wünschenswert ist. Eine mehr kaufmännische Methode bei der Kontrolle der Rechnungen erscheint auch geboten. Erfreulich ist auch, daß der Rechnungshof die Bildung von Monopolen für Lieferungen möglichst zu verhindern bestrebt ist.

Abg. Erzberger (Zentr.): Bei Errichtung eines selbständigen Rechnungshofes wird es sich empfehlen, die Beamten so auszuwählen, daß sie ohne Schwierigkeiten später wieder in die Verwaltung zurücktreten können. Zu wünschen ist ferner, daß die Erinnerungen des Rechnungshofes frühzeitig der Budgetkommission mitgeteilt werden.

Abg. Wagner (kons.): Meine Freunde werden der Resolution zustimmen. Es empfiehlt sich, die Gutachten des Rechnungshofes dem Bundesrate und dem Reichstage mitzuteilen. Auch müßten die Mitglieder des Rechnungshofes das Recht haben, den Sitzungen der Budgetkommission beizuwohnen.

Der Etat des Rechnungshofes wird sodann genehmigt und die Resolution angenommen.

In dritter Lesung wird die Postdampfer-Subventions-Vorlage debattelos angenommen. Ebenso die Vorlage betr. Einwirkung von Armenunterstützungen auf öffentliche Rechte.

Es folgen einige kleinere Rechnungs-Vorlagen, allgemeine Rechnungen und Übersichten über Einnahmen und Ausgaben. Bei der zweiten Beratung der Übersicht über Kiautschou pro 1906 beantragt der Referent der Kommission, die Übersicht durch Kenntnisnahme für erledigt zu erklären.

Ein Antrag Erzberger will hinzufügen: „vorbehaltlich der sich etwa seitens des Rechnungshofes ergebenden Erinnerungen."

Abg. Erzberger (Zentr.): Wenn nicht die Rechnungskontrolle eine sehr strenge ist, wird das Übermaß von Etatsüberschreitungen niemals aufhören. Vorliegenden Bericht einfach durch Kenntnisnahme für erledigt zu erklären, geht nicht an. Ganz außerordentlich hoch sind bei dieser Übersicht für Kiautschou die Mehrausgaben, so namentlich für bauliche Instandhaltung, obwohl die betreffenden Baulichkeiten zum Teil erst wenige Jahre alt sind. Enorme Mehrausgaben liegen auch vor für Schreibausbildung im Schutzgebiete. Das können doch unmöglich „unvorhergesehene" Ausgaben sein! Der Gouverneur in Kiautschou darf nicht schalten nach Belieben.

Abg. Goercke (natl.-lib.): Die Rechnungskommission hat durchaus ihre Schuldigkeit getan und der Regierung auf den Zahn gefühlt. Wenn schriftlicher Bericht erstattet wird, so wird er noch viel weniger hier Beachtung finden, als der mündliche Bericht. Die meisten Bemängelungen des Vorredners sind auch in der Kommission schon geprüft worden, so auch die Mehrausgabe bei Dienstgebäuden und bei der Munition. Wenn die Kommission trotzdem zu ihrem Antrage gekommen ist, so liegt das darin, daß trotz allem der Etat im ganzen noch mit einem Überschuß abschließt. Erst seitdem der Reichszuschuß dahin aufgefaßt wird, daß irgendwo entstehende Überschüsse den Zuschuß des Reiches herabmindern, ist dieser Gesichtspunkt hinfällig. Das war aber 1906 noch nicht der Fall.

Ein Kommissar des Marineamts, Korvettenkapitän Trenkmann, legt dar, daß die Bauleitungskosten in Kiautschou, wenn auch hoch, so doch nicht übermäßig hoch gewesen seien, sie seien niedriger als in Hongkong. Auch der demängelte Mehrverbrauch an Munition rechtfertige sich durch besondere Umstände. Was die einmaligen Ausgaben für Bauten anlange, so würden Mehrausgaben an der einen Stelle durch Minderausgaben an anderer Stelle, usw. bei Hafenbauten, ausgeglichen.

Abg. Erzberger: Diese dankenswerten Erläuterungen bekräftigen, wie richtig mein Wunsch wegen einer schriftlichen Berichterstattung ist. Deshalb bestehe ich auf meinem Antrage.

Hierauf wird der Antrag der Kommission mit dem Zusatz Erzberger angenommen.

Bei der zweiten Beratung der Rechnungen für die afrikanischen Schutzgebiete pro 1896 bis 1897 und 1899 weist

Abg. Erzberger (Ztr.) darauf hin, daß nach den Mitteilungen in der Kommission namentlich in Ostafrika damals anscheinend geradezu märchenhaft gewirtschaftet worden sei. Die Beamten scheinen geglaubt zu haben, sie dürften die Gelder ausgeben, ohne jemals Rechenschaft ablegen zu müssen. Auch die Klagen des Rechnungshofes bezögen sich alle auf Ostafrika. In Daressalam habe man Grundstücke gekauft und Bauten aufgeführt, als wolle man aus Daressalam ein kleines Potsdam machen. Jetzt, nach 13 Jahren, wisse man nur, daß schließlich kein Geld mehr da war, aber über die Verwendung wisse man nichts, alle Nachweise fehlten. Der Rechnungshof rügt das, und mit Recht. Die Frage entsteht, ob da nicht jetzt noch eine Untersuchung nötig sei, welche Personen zur Verantwortung zu ziehen seien.

Ministerialdirektor Conze: Das Kolonialamt erkennt durchaus die Tätigkeit der Rechnungskommission und des Rechnungshofes als verdienstvoll an. Die davon dem Rechnungshof aufgestellten Grundsätze werden auch von dem Kolonialamt als richtig angesehen, auch wird das Kolonialamt bestrebt sein, darauf hinzuwirken, daß diese Grundsätze eingehalten werden. Redner tritt dann noch einigen Detailbemerkungen Erzbergers entgegen, indem er namentlich auch hervorhebt, wie notwendig seinerzeit die schleunige Inangriffnahme des Bahnbaues in Ostafrika mit Rücksicht auf die Rinderpest gewesen sei.

Nach unwesentlicher weiterer Debatte wird die Vorlage für erledigt erklärt.

Im Kampfe um die Nachlaßsteuer.

Die 34. Generalversammlung der Vereinigung der Steuer- und Wirtschaftsreformer, die in Berlin tagte, beschäftigte sich mit der Reichsfinanz-Reform. In der sehr lebhaften Debatte erklärte Prof. Adolf Wagner, daß er eine Nachlaß- und Erbschaftssteuer für notwendig halte, da wir keine besonderen direkten Steuern im Deutschen Reiche erhalten könnten. „Eine bessere Steuer wäre eine direkte Einkommen- und Vermögenssteuer, aber die können wir aus den bekannten Gründen nicht einführen. In dem Gerlachschen Vortrag (über Verbrauchs- und Verkehrssteuern) habe ich etwas vermißt, er hat immer nur mit den bestehenden indirekten Steuern gerechnet und nicht mit den neuen indirekten Steuern, die kommen sollen. Hätte er das getan, würde er abermals eine

starke Belastung der Massen

habe feststellen müssen. Darüber ging er aber hinweg. Er sagte, es wäre eine Frage, daß die indirekten Verbrauchssteuern die Massen belasten. In der Tat aber wird relativ die Masse der Bevölkerung viel schwerer getroffen, als die wohlhabenden Klassen. Es ist sehr schwer, genau zu berechnen, wie die Zölle und Verbrauchssteuern wirken. Aber sicher bleibt im großen und ganzen eine Verteuerung der betreffenden Gegenstände übrig. Dazu trägt der kleine Mann im Verhältnis mit seinem Einkommen viel mehr bei.

Wir müssen hinzufügen, daß wir uns nicht darauf beschränken dürfen, bloß das äußere Einkommen zu berechnen, wir müssen sagen, die Steuer soll sich richten nach dem, was nach Abzug der notwendigen Ausgaben frei bleibt. Was ist es aber, was bei dem kleinen Mann als

freies Einkommen

übrig bleibt? Es bleibt ihm für bessere, immaterielle oder geistige Genüsse überhaupt nichts übrig. Wir müssen doch daran denken, daß in Deutschland Hunderttausende von Menschen ein Einkommen von unter neunhundert Mark haben, das steuerfrei bleiben muß. Was bleibt aber nach Abzug der notwendigen Genußmittel beim kleinen Mann übrig, während die wohlhabenden Kreise ein viel größeres, freies Einkommen haben. Die Hälfte bleibt den Wohlhabenden für Luxuszwecke übrig, während der kleine Mann nichts hat. Dieser Gesichtspunkt hat nun glücklicherweise auch in Regierungskreisen Anerkennung gefunden. Das ist sicher, daß der Plan der Regierung, nicht wieder auf indirekte Verbrauchssteuern alles zu legen, ein gerechter und zweckmäßiger Plan ist. Warum wählt man die

Erbschafts- und Nachlaßsteuer?

Weil man sich sagt, daß die Matrikularbeiträge nicht erhöht werden können. Direkte Steuern im Reiche können wir sonst nicht einführen, und es bleibt keine andre Steuer übrig. Mit der Luxussteuer werden Sie nichts erreichen, außerdem wird sie nichts einbringen. Wenn Sie die Kohle besteuern, werden Sie auch nicht den eigentlichen Besitzer als solchen treffen, der getroffen werden soll. Was gegen die Erbschaftssteuer eingewandt werden soll, halte ich nicht für richtig. Ich habe das seit langen Jahren als Mann der Wissenschaft vertreten. Welche Staaten haben die Erbschaftssteuer eingeführt? England, das die höchste Einkommensteuer hat. Nun, die Erbschaftssteuern bringen in England allein 400 Mill. In Frankreich sehen Sie denselben

egoistischen Kampf der Besitzenden

gegen die Besteuerung des Besitzes.

Es wurde nicht erwähnt, daß die Nachlaßsteuer erst von 20 000 Mk. an erhoben wird, daß der größte Teil des bäuerlichen Kleinbesitzes steuerfrei bleibt, und daß bei 20 000 Mk. 100 Mk. gezahlt werden sollen und in Raten. Da kann man doch nicht sagen, daß der Familiensinn gestört wird, daß der Sohn nun nicht mehr erben will. Das sind Phrasen, mit denen man alles widerlegen könnte. Ich hoffe, daß die Regierung festbleibt. Wenn der kleine Mann immer sagt, ihr besteuert mein Salz, mein Bier, meinen Branntwein, das bißchen Kaffee und Zucker, alles, was ich genieße, und wenn ihr nun auch einmal etwas bezahlen sollt, dann erklärt ihr ein rundes Nein, was soll ich Ihnen da erwidern? So kann es nicht weitergehen. Ich halte die Nachlaßsteuer für gut und richtig, wir brauchen direkte Steuern für die wohlhabenden Klassen. Sie können nicht von neuem alles auf die Verbrauchssteuern abwälzen. Direkte Steuern müssen geschaffen werden, deshalb hoffe und wünsche ich, daß die Nachlaß- und Erbschaftssteuer eingeführt werde."

Gegen die Ausführungen Professor Wagners wandte sich Professor Ehrenberg (Rostock): „Ich bin weder konservativ noch liberal. Ich bin reiner Wissenschaftler. Aber gerade deswegen wende ich mich gegen jede weitere Heranziehung des Besitzes. Ich sehe in dieser Lösung der Reichsfinanzreform ein sozialistisches Element. Vor allem halte ich das Erbrecht des Staates für ein sozialistisches Experiment. Bei uns ist heute überhaupt eine Überspannung des Staatsbegriffes vorhanden. Schuld daran ist der

Sozialismus der gebildeten Klassen.

Die Familie ist älter als der Staat. Auch für die Macht des Staates muß es eine Grenze geben. Die Lebenshaltung des Arbeiters ist sehr gehoben worden, und für die Arbeiter ist genug getan worden. Das soziale Königtum droht sich zu verwandeln in eine Beherrschung des Kaisertums durch die Massen. Wir dürfen den

Weg der sozialistischen Politik

im Reiche nicht beschreiten. Wir sind nahe daran, und das Bürgertum müßte der Landwirtschaft dafür dankbar sein, daß sie die Regierung aufgefordert hat, Halt zu machen auf der sozialistischen Politik, natürlich nicht mit der sozialen Politik."

Es wurde von der Versammlung folgender Beschluß angenommen: „Die 34. Generalversammlung der Vereinigung der Steuer- und Wirtschafts-Reformer erklärt: 1) Von dem im deutschen Steuersystem befolgten Grundsatz, daß sich das Reich auf die Verbrauchs- und Verkehrsbesteuerung beschränken und diese im Ausmaß seines Finanzbedarfs ausbauen muß, darf nicht abgewichen werden. Die Besteuerung des Einkommens und des Vermögens durch das Reich würde seinen bundesstaatlichen Charakter in Frage stellen, eines der wichtigsten Gesetzgebungsgebiete den einzelnen Bundesstaaten entziehen und sie in der Lösung der ihnen obliegenden Kulturaufgaben hemmen. 2) Hinsichtlich der Reichserbschaftssteuer steht sie auf dem bereits in der Generalversammlung vom Jahre 1906 eingenommenen Standpunkt. Auch diese Steuer ist ein Einbruch des Reiches in das Gebiet der direkten, den Bundesstaaten zustehenden Steuern. Jede Erbschaftssteuer trifft diejenigen Gewerbe besonders hart und dieserhalb ungerecht, bei welchen eine Vermögensbildung sich nur langsam vollziehen kann; bei schnell aufeinander folgenden Erbgängen führt die Erbschaftssteuer zu einer umfangreichen Vermögenskonfiskation."

Um eine Fürstenkrone.

16] Roman von Reinhold Ortmann.

Fortsetzung.

Ein unglücklicher Zufall ließ diesen Brief in die Hände des Grafen Adelhard gelangen, und niemals hatte Raffaella ihn in solcher Erregung gesehen, als an jenem Tage. Zum ersten Male flößte ihr sein Auftreten etwas wie wirkliche Furcht ein, und als er von ihr das feierliche Gelöbnis verlangte, daß sie nie wieder ohne sein Vorwissen einen ähnlichen Schritt tun werde, da versprach sie alles, was er begehrte.

Um ihre gute Laune aber war es mit dieser Stunde ganz und gar geschehen. Sie ging verdrossen durch die einsamen Räume des Herrenhauses und vermied es scheinbar geflissentlich, längere Zeit mit ihrem Gatten allein zu bleiben.

In der Hoffnung, dadurch günstig auf ihre Stimmung einzuwirken, machte Adelhard ihr einmal den Vorschlag, den Marchese zu längerem Besuche einzuladen, obwohl er selber nur mit Schrecken an die beständige Anwesenheit des pathetischen Schwätzers denken konnte. Aber Raffaella lehnte diesen Gedanken mit einer Bestimmtheit ab, die ihn in Erstaunen setzte, und wollte ebensowenig etwas davon wissen, daß man eine ihrer ehemaligen Freundinnen auf ein paar Wochen nach Gerdauen kommen lasse.

„Ich fühle mich jetzt in der Einsamkeit am wohlsten," pflegte sie dann zu sagen, und Adelhard mußte ihr wohl Glauben schenken, wenn er sah, in welche Aufregung und Unruhe sie selbst ein flüchtiger Besuch versetzen konnte.

Ihm selber aber wurde es unter solchen Umständen immer weniger behaglich in seinem Heim, under nahmsehr eifrig jede Gelegenheit wahr, ihm auf einige Stunden zu entwinnen. Auch heute war er der Einladung zu einem Mahle gefolgt, welches Herr von Werkenthin, der Besitzer eines unmittelbar an die Gemarkungen von Gerdauen angrenzenden Rittergutes, veranstaltet hatte. Werkenthin war Junggeselle, und man wußte, daß es an seinen Herrenabenden besonders lustig zuzugehen pflegte. Es war also dem Grafen nicht allzu sehr zu verübeln gewesen, daß er am frühen Nachmittag fortgefahren war, obgleich Raffaella beim Frühstück sehr bloß ausgesehen und über ein leichtes Unwohlsein geklagt hatte. Er meinte, daß derartige kleine Schwankungen des Befindens bei ihrem Zustand unvermeidlich seien und keinen besonderen Anlaß zur Sorge gäben, und an dem reichbesetzten Tische taten dann die muntere Unterhaltung und die guten Weine das übrige, die Mahnungen seines Gewissens vollends zum Schweigen zu bringen.

Zu derselben Stunde, da Raffaella schwermütig am Fenster saß und in die trostlos öde Herbstlandschaft hinausstarrte, wurde im Speisesaale des Herrn von Werkenthin die Tafel aufgehoben und die älteren Herren begaben sich in die Spielzimmer, während die jüngeren es zumeist vorzogen, bei ausgezeichneten Zigarren und einer aus Sekt und Porter gebrauten Bowle ihre sehr aufgeräumten Gespräche fortzusetzen.

Graf Adelhard, der ein schlechter Trinker war, hatte sich zu der ersten Gruppe geschlagen. Aber es war nicht das Bedürfnis nach den Aufregungen des Spiels gewesen, das ihn dazu bestimmt hatte. Er begnügte sich bald an diesem, bald an jenem Tische den Zuschauer zu machen, und da ihm diese Beschäftigung allgemach zu langweilen anfing, Raffaellas blasses Gesicht auch wieder deutlicher in seiner Erinnerung auftauchte, faßte er den Entschluß, früher als die übrigen nach Hause zurückzukehren.

Er suchte den Hausherrn, um sich von ihm zu verabschieden, und da er wußte, daß Werkenthin stets inmitten der dauerhaftesten Zecher zu finden sei, lenkte er seine Schritte nach dem traulichen Kneipzimmer, aus welchem ihm durch die nur leicht angelehnte Tür Gläserklirren und fröhliches Stimmengeschwirr entgegenschallte.

Als er eben die Hand nach der Türklinke ausstreckte, hörte er seinen eigenen Namen und unmittelbar danach denjenigen seiner Frau. Er war wohlerzogen genug, um als erste Eingebung zu empfinden, daß er nun entweder rasch eintreten oder sich wieder zurückziehen müsse. Aber er konnte nicht mehr verhindern, daß ein ganzer Satz von der Unterhaltung, die da drinnen geführt wurde, an sein Ohr schlug, und was er vernahm, nötigte ihn allerdings, noch für eine kurze Zeit den Lauscher zu machen.

Eine jugendliche Stimme, die er nicht sogleich erkannte, aus der aber offenbar bereits die Geister der gefährlichen Sektbowle sprachen, sagte unter plötzlich eingetretenem Schweigen der übrigen: „Aber wenn wir ihr auch nicht vornehm und geistreich genug sind, eine kapitale Person ist sie doch, diese schöne Gräfin Raffaella! — Die Geschichte mit dem Knalleffekt an ihrem Hochzeitstage kennt ihr ja alle — und was kann am Ende auch in den besten Familien passieren. Aber daß die ehemalige Primadonna sogar einen kleinen — na, ich will nicht gerade sagen: einen Meineid — aber doch so etwas ähnliches geschworen hat, um dem abgedankten Liebsten mit der Pistole großmütig aus der Klemme zu helfen — das ist doch jedenfalls eine pikante Neuigkeit — wie? Graf Wenzel Hohenstein — Sie wissen doch, der patente Kerl, der bei den Gardehusaren steht, hat mirs bei meiner letzten Anwesenheit in Potsdam unter dem Siegel der Verschwiegenheit anvertraut, und der mußte es doch am Ende wissen, denn — äh —"

Der letzte, nicht gerade sehr geistreich klingende Ausruf war ein unwillkürlicher Laut des Schreckens und des Erstaunens, der dem Munde des Sprechenden, eines blutjungen, semmelblonden Leutnants, bei dem unerwarteten Auftritt des Grafen Adelhard Hohenstein entfuhr. Und durch die ganze Tafelrunde ging es wie ein Ruck des Entsetzens, als man den Gatten der eben so tödlich beschimpften Frau todtblaß, mit zusammengekniffenen Lippen und geballten Fäusten in der offenen Tür stehen sah.

„Baron Rahlstedt," klang seine vor Aufregung heisere Stimme durch die Grabesstille, „Sie sind ein Elender! Das — das ist meine Antwort!"

Der Leutnant war aufgesprungen; aber die Bestürzung, in der er sich befand, hatte ihn doch den tätlichen Angriff nicht voraussehen lassen. Von einem wuchtigen Faustschlage des Grafen ins Gesicht getroffen, taumelte er zurück.